



Am Freitag, 23.3.18 gingen laut Medienberichten zehntausende Polinnen und Polen gegen die geplante Gesetzesverschärfung zu Schwangerschaftsabbrüchen auf die Straße. Allein in Warschau zogen 55.000 Menschen u. a. vor die PiS-Zentrale – die Zentrale der Regierungspartei. Die Mehrheit war schwarz gekleidet, als „schwarzer Protest“ wie schon bei den Protesten in den letzten beiden Jahren. Solidaritätsdemonstrationen fanden u. a. in Belgien / Brüssel statt.

In Polen gab es bis 1993 ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Unter dem Einfluss der katholischen Kirche, gegen die sich neben der Regierung die Wut der Frauen und Männer richtet, wurde dies immer stärker eingeschränkt. Heute ist ein Schwangerschaftsabbruch lediglich erlaubt, wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist, wenn für die Mutter nachweislich Lebensgefahr besteht und wenn der Fötus genetische Schäden hat. Jetzt hat sich Polens Präsident Andrzej Duda dafür ausgesprochen, ein Gesetz zu unterschreiben, welches auch solche Abbrüche verbietet. Auf alle anderen Fälle steht schon jetzt Strafe.

Schon heute reisen viele Polinnen nach Deutschland um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Ähnlich wie in Deutschland sind es sogenannte „Lebensschützer“ die diese Verschärfung in Einheit mit Kirche und Staat vorantreiben. In Deutschland werden übrigens immer mehr Fälle bekannt, wo Gynäkologinnen und Gynäkologen von „Lebensschützer“ angezeigt wurden und denen nun tatsächlich, wie Kristina Hänisch, ein Gerichtsverfahren droht.

Die Frauengruppe Courage Hamburg ist in engem Kontakt mit Polinnen in Belgien und Warschau. Sie hat am Montag, 26.3.18 am Rande der Montagsdemo eine kleine Solidaritätskundgebung „in schwarz“ durchgeführt.

Die polnischen Frauen schrieben zurück: „Thank you so much it melts our hearts. Please send us photo from Monday.“

Courage-Gruppe Hamburg, 27.03.18